

POLICY BRIEF

Factsheets Klima und Energie

Einordnung für die 21. Legislaturperiode

Wie können attraktive Strompreise für die Elektrifizierung erreicht werden?	2
Wie kommt die Wirtschaft nachhaltig aus der Krise?	4
Wie gelingt der bezahlbare Umstieg auf klimaneutrales Heizen?	6
Wie können die öffentlichen Mittel für den Übergang zur Klimaneutralität bereitgestellt werden?	8

Impressum

Agora Energiewende

Agora Think Tanks gGmbH
Anna-Louisa-Karsch-Straße 2
10178 Berlin | Deutschland
T +49 (0) 30 7001435-000

www.agora-energiewende.de
info@agora-energiewende.de

Projektleitung

Lea Nesselhauf
l.nesselhauf@agora-energiewende.de
Mira Wenzel
mira.wenzel@agora-energiewende.de

Autorinnen und Autoren

Philipp Godron, Anna Kraus, Lea Nesselhauf,
Niels Wauer, Uta Weiß, Mira Wenzel (Agora
Energiewende), Julia Metz, Paul Münnich,
Aylin Shawkat (Agora Industrie)

→ Bitte zitieren als:

Agora Energiewende (2025): Factsheets
Klima und Energie – Einordnung für die
21. Legislaturperiode



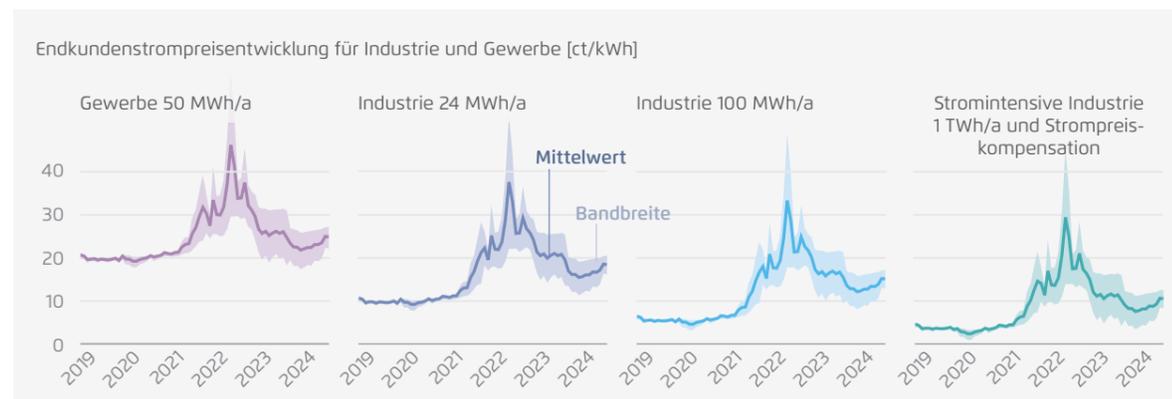
359/01-P-2025/DE
Version 1.3, Februar 2025

Unter diesem QR-Code steht
diese Publikation als PDF zum
Download zur Verfügung.

Wie können attraktive Strompreise für die Elektrifizierung erreicht werden?

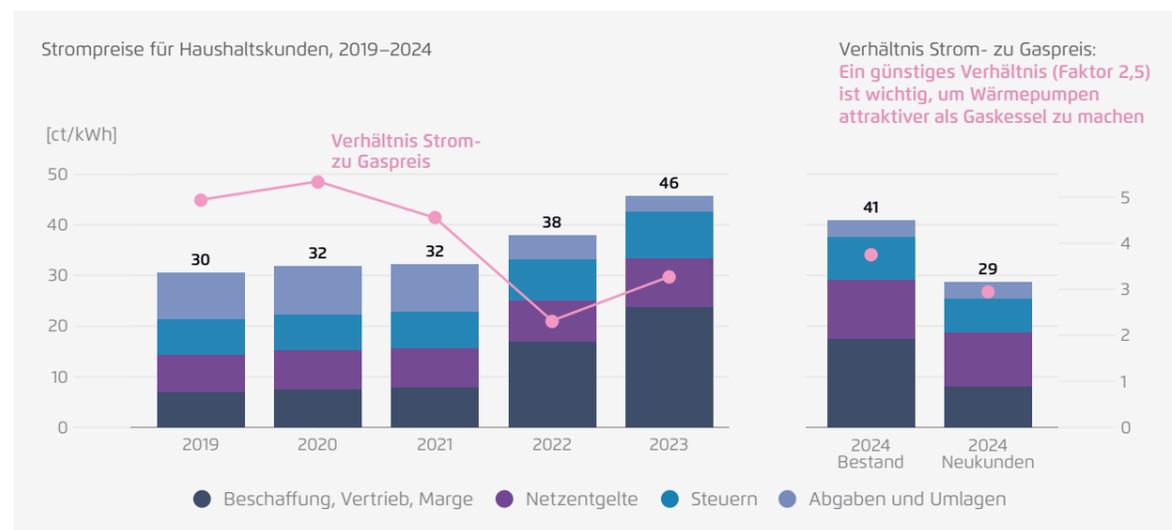
Für viele Unternehmen ist das Preisniveau immer noch höher als vor der Energiekrise.

Attraktive Strompreise sind ein wesentlicher Faktor für einen Schub bei der Elektrifizierung von Verkehr, Wärme und Industrie. Trotz deutlicher Preisrückgänge seit 2022 sind die Strompreise, insbesondere für Industriebetriebe mit hohem Stromverbrauch, weiterhin mehr als 50 Prozent höher als vor 5 Jahren. Das ist eine Herausforderung, vor allem vor dem Hintergrund der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft.



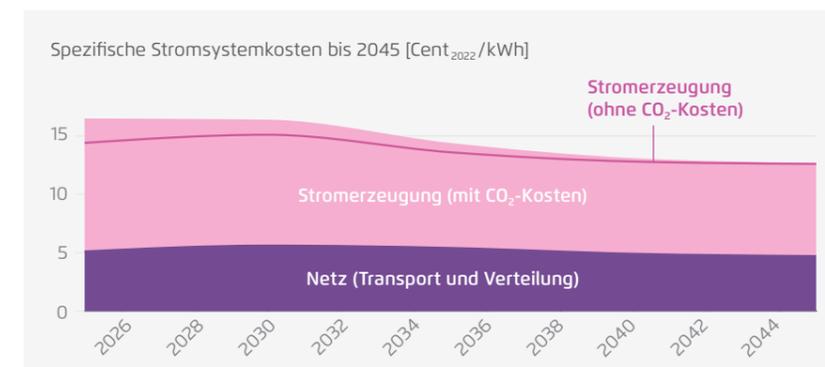
Auch für Haushaltskunden ist der Strompreis weiterhin ein Elektrifizierungshindernis.

Der durchschnittliche Haushaltskundenstrompreis ist 2024 zwar um 11 Prozent gesunken. Er liegt aber immer noch deutlich höher als vor der fossilen Energiepreiskrise. Selbst für Neukunden sind die Strompreise im Verhältnis zu den Gaspreisen zu hoch, um einen Anreiz zu schaffen, vermehrt Wärmepumpen und Elektrofahrzeuge zu nutzen.



Stromsystemkosten sinken nach 2030 um ein Fünftel, wenn die Stromnachfrage aus Industrie, Verkehr und Gebäuden anzieht.

Unter der Voraussetzung einer steigenden Elektrifizierung in allen Sektoren sinken ab 2030 die Kosten des Stromsystems deutlich. Denn die Investitionskosten für Erneuerbare Energien, Speicher und Netzinfrastruktur treffen auf eine größere Stromnachfrage durch Elektroautos, Wärmepumpen und Power-to-Heat-Anlagen und können so auf mehr Abnehmer verteilt werden. Dadurch sinken die Kosten pro Kilowattstunde.



→ Weiterführende Links:
[Agora Think Tanks \(2024\): Klimaneutrales Deutschland. Von der Zielsetzung zur Umsetzung](#)
 → [Agora Energiewende \(2025\): Die Energiewende in Deutschland – Stand der Dinge 2024](#)

Was es nun braucht: Strompreise kurzfristig senken, Energiesystem mittelfristig effizienter aufstellen, Dynamik beim Erneuerbaren-Ausbau aufrechterhalten

1 Kurzfristige Entlastungen

- Stabilisierung der Übertragungsnetzentgelte auf 2023er Niveau von 3 Cent pro Kilowattstunde durch Zuschuss aus dem Bundeshaushalt in Höhe von rund 5 Mrd. Euro: entlastet alle, insbesondere die Industrie
- Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum: Verstetigung für Unternehmen, Reduktion um 2 Cent pro Kilowattstunde für Haushalte
- Staatliche Übernahme der Umlage „Aufschlag für besondere Netznutzung“ für Wärmepumpen- und E-Auto-Tarife als Elektrifizierungsanreiz: zusätzliche Entlastung um rund 1,5 Cent pro Kilowattstunde

→ Weiterführender Link:
[Agora Energiewende \(2024\) – Ein neues Investitionsinstrument für Wind- und Solaranlagen](#)

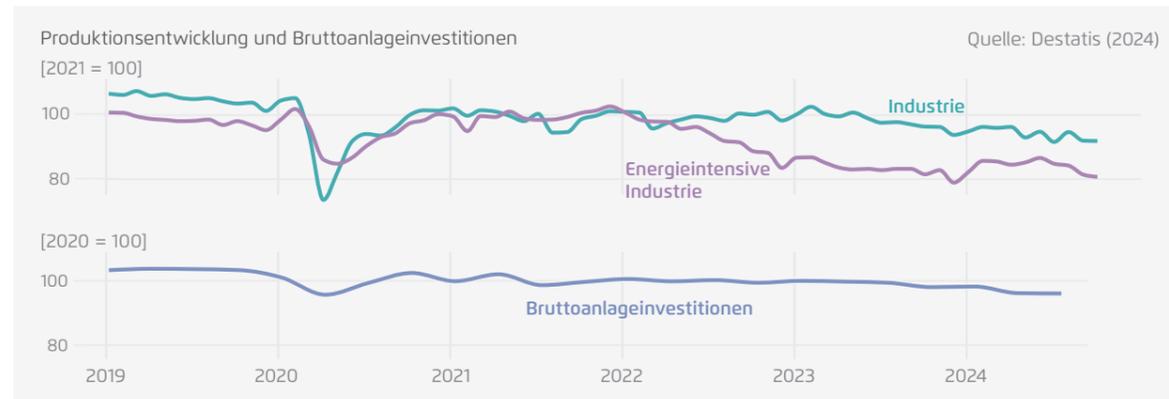
2 Strukturelle Kostensenkungen

- Günstige Strombeschaffungspreise für alle durch weiter ambitionierten Erneuerbaren-Ausbau, mit Fokus auf die günstigsten Technologien: Wind an Land und Freiflächen-PV. Dies reduziert die Anzahl der Stunden, in denen teures Gas den Preis setzt
- Stärkere Marktintegration großer Wind- und Solaranlagen senkt staatlichen Absicherungs- und Zuschussbedarf
- Netzkosten senken durch:
 - Vorrang von Freileitungen vor Erdkabeln
 - dynamische Netzentgelte für effizientere Bewirtschaftung der Netze
 - günstiges Eigenkapital für Netzinvestitionen aus neuer Infrastrukturgesellschaft des Bundes
- Gezielte Elektrifizierungsimpulse für eine klimafreundliche Industrie und klimafreundliches Wohnen, so dass Infrastrukturkosten zeitnah von mehr Schultern getragen werden

Wie kommt die Wirtschaft nachhaltig aus der Krise?

Die Wirtschaft hat sich seit der fossilen Energiekrise nicht erholt. Die Investitionstätigkeit verharrt auf niedrigerem Niveau.

Die fossile Energiekrise und die schwache Konjunktur im In- und Ausland haben zu einem starken Rückgang der Produktion, besonders der energieintensiven Industrie, geführt. Unsicherheiten im internationalen Handel und angespannte geopolitische Entwicklungen führen zu einem herausfordernden Umfeld. Zugleich haben im Inland gestiegene Finanzierungskosten und wirtschaftspolitische Unsicherheit die Investitionstätigkeit gedämpft.



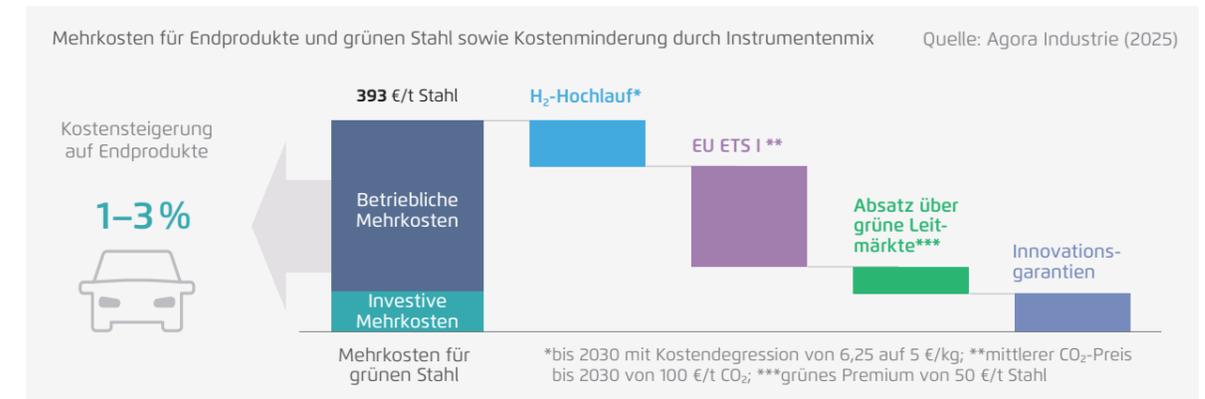
Investitionsbedarfe für eine klimaneutrale Industrie fallen zu zwei Dritteln ohnehin an; diese können in grüne Technologien umgelenkt.

In der Industrie muss der überwiegende Anteil der Kapitalgüter bis 2045 mindestens einmal erneuert werden. Eine klimaneutrale Modernisierung des Industriesektors gelingt, wenn anstehende Investitionen von fossilen in klimaneutrale Technologien und Infrastrukturen umgelenkt werden. Investitionen in den breiten Hochlauf von klimaneutraler Kälte und Wärme sowie sonstige Effizienztechnologien machen dabei den Großteil des Bedarfs aus.



Ein Mix aus angebots- und nachfrageseitigen Instrumenten macht klimaneutrale Industriegüter wie grünen Stahl wettbewerbsfähig.

Der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft senkt Kosten und Förderbedarfe. Der EU ETS I schafft ein Level-Playing-Field. Grüne Leitmärkte schaffen Absatzmärkte auf Endproduktebene. Die Kosten für Endprodukte steigen dabei um gerade einmal 1 bis 3 Prozent. Diese können durch die folgenden Instrumente wie Innovationsgarantien weiter gesenkt werden.



Was es nun braucht: Impulse für klimafreundliche Investitionen und Skalierung von Absatzmärkten.

1 Steuerliche Investitionsprämie für Effizienztechnologien einführen

- Steuerliche Investitionsprämie von 15 Prozent auf Effizienzinvestitionen, die in Energiemanagementsystemen oder Energieaudits identifiziert worden sind
- Kosten für den Bundeshaushalt: 3 Mrd. Euro jährlich

2 Klimaschutzverträge zu Innovationsgarantien weiterentwickeln

- Weiterentwicklung der Klimaschutzverträge hin zu Innovationsgarantien zur Investitionsunterstützung und Risikoabsicherung der CO₂-Preisentwicklung
- Ergänzung um ein pragmatisches Modul für kleinere Unternehmen
- Kosten für den Bundeshaushalt: 3,1 Mrd. Euro jährlich

→ Weiterführender Link: [Agora Industrie \(2024\) – Leitmärkte für klimafreundliche Grundstoffe](#)

3 Grüne Leitmärkte über das Vergaberecht und Produktstandards schaffen

- Verbindliche Nachhaltigkeitskriterien zum Hochlauf klimaneutraler Grundstoffe
- mittelfristig Quoten für emissionsarme und rezyklierte Grundstoffe sowie embodied carbon-Grenzwerte im Gebäudebereich, um Absatzmärkte für grüne Produkte zu sichern

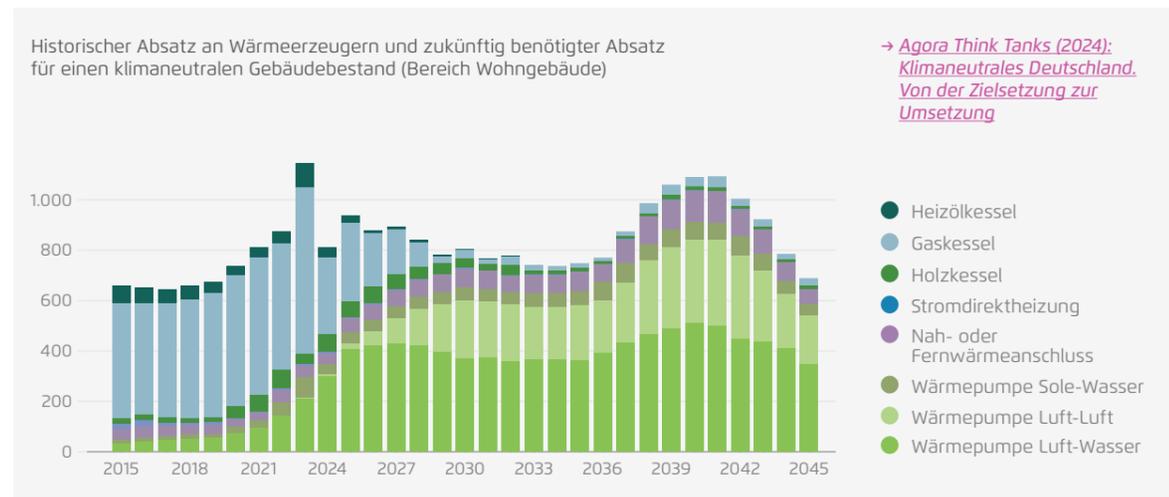
4 International gemeinsame Standards vorantreiben und Märkte skalieren

- Hinwirkung auf gemeinsame Zielsetzungen und Standards für die Industrietransformation in G7, G20, Klimaclub und der COP
- Skalierung klimafreundlicher Märkte über Standards in Handelsabkommen und Partnerschaften der EU

Wie gelingt der bezahlbare Umstieg auf klimaneutrales Heizen für alle?

Eine verschleppte Wärmewende birgt finanzielle Risiken für alle Beteiligten.

Ohne einen massiven Ausbau der Wärmenetze und Wachstum des Wärmepumpenmarktes rücken die Klimaziele außer Reichweite. Verpasste Emissionsminderungen können dabei teuer werden. Öl- und Gasheizungen könnten mit Beginn des Zweiten Europäischen Emissionshandels (EU ETS II) ab 2027 hohe CO₂-Kosten für Bürgerinnen und Bürger verursachen. Die Heizungsindustrie hat in Fertigungskapazitäten investiert, die nun nicht ausgelastet sind. Auf den Staat kommen außerdem Strafzahlungen im Rahmen der europäischen Klimaschutzverordnung sowie die Kosten von Klimaschäden zu.



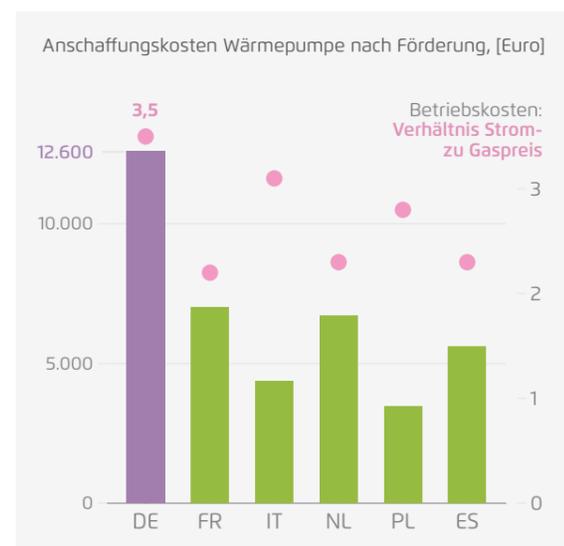
Die Kosten für klimaneutrales Heizen sind in Deutschland im europäischen Vergleich hoch.

Wirtschaftliche Faktoren bremsen den Hochlauf von Wärmepumpen in Deutschland:

- Die Anschaffungspreise sind im europäischen Vergleich sehr hoch (trotz Förderung).
- Im Betrieb sind die Stromkosten zu hoch, vor allem im Vergleich zu den Gaspreisen. Das macht den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen finanziell unattraktiv.

Die hohen Stromkosten wirken sich auch negativ auf den Betrieb von Großwärmepumpen in Wärmenetzen aus.

→ Weiterführender Link: [LCP Delta \(2025\) – Analysis of the EU heating market](#)



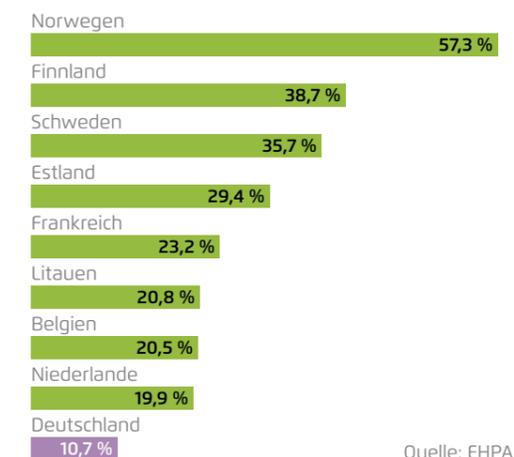
Die öffentliche Debatte in Deutschland führt zu Verunsicherung – dabei zeigen andere Länder, dass der Markthochlauf gelingen kann.

Grundsätzlich wurde mit der GEG-Novelle, der angepassten Förderung sowie mit dem Wärmeplanungsgesetz der Rahmen für eine verlässliche Wärmewende geschaffen. Jedoch erzeugte die Debatte um das „Heizungsgesetz“ viel Verunsicherung. In anderen Ländern sind die Absatzzahlen für Wärmepumpen und oft auch die Anschlüsse an Wärmenetze um ein Vielfaches höher als in Deutschland. Das zeigt: Mit Planungssicherheit und den richtigen Preissignalen gelingt der Hochlauf.

Was ist das „Heizungsgesetz“?

- Gem. § 71 Gebäudeenergiegesetz (GEG) müssen neu eingebaute Heizungen nach Abschluss der kommunalen Wärmeplanung 2026/28 zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien betrieben werden.
- Ohne weitere Prüfung erfüllen dies unter anderem Wärmepumpen, Wärmenetze, Biomasseheizungen, Wasserstoff-Heizungen und Infrarotheizungen.
- Bei einer Abschaffung des Paragraphen könnten weiterhin fossile Gas- oder Ölheizungen eingebaut werden.

Wärmepumpenabsatz pro 1.000 Haushalte, 2023



Was es nun braucht: Eine effektiv, effizient und sozial ausgestaltete Wärmewende.

1 Wirtschaftliche Anreize für klimafreundliches Wohnen schaffen

- Strompreise senken, um Wärmepumpen wirtschaftlicher zu machen
- Etablierung eines nationalen CO₂-Mindestpreises für die Bereiche Gebäude und Verkehr ab 2027
- EU-Taxonomie reformieren, um privates Kapital für Gebäudesanierungen zu mobilisieren

2 Die Wärmewende für alle bezahlbar machen

- Fördermittel im Gebäudebereich auf einem Niveau von ca. 17 Mrd. Euro pro Jahr bis 2030 verstetigen
- Förderung pragmatischer gestalten und sozial staffeln, Verbesserungen belohnen statt Top-Standards

3 Klimafreundliches Heizen absichern und EU-Gebäudevorgaben umsetzen

- 65%-Erneuerbaren-Anforderung beibehalten: zentral für Planungssicherheit, wettbewerbsfähige Heizungsindustrie und Klimaschutz
- EU-Gebäuderichtlinie rechtlich umsetzen, insbesondere Nullemissionsgebäude, Mindeststandards für bestehende Nichtwohngebäude und Primärenergieeinsparungen für Wohngebäude im Bestand

4 In Kommunen die Wärmeversorgung mit Wärmenetzen ausbauen

- Förderung ausbauen, vermietete Gebäude erschließen, Verbraucherschutz verbessern, Finanzierungsmöglichkeiten der Kommunen stärken

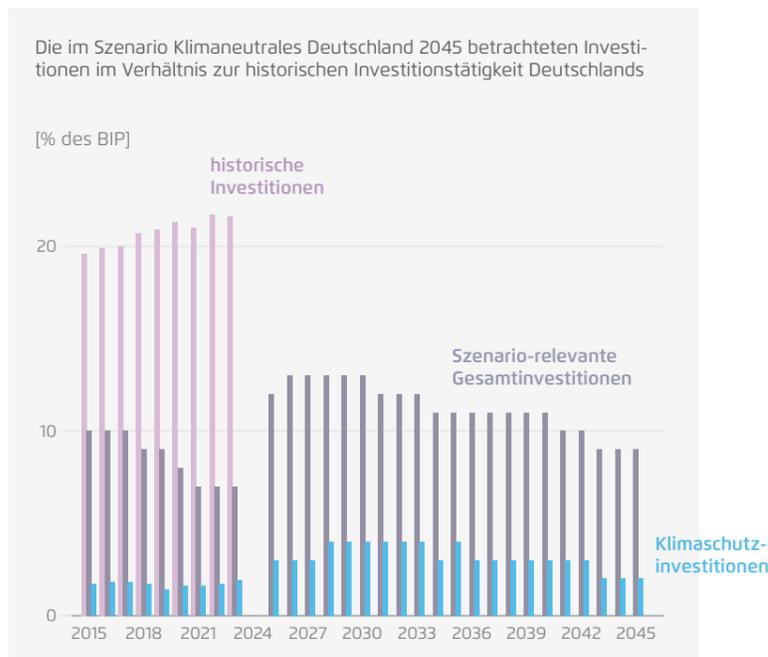
Wie können die öffentlichen Mittel für den Übergang zur Klimaneutralität bereitgestellt werden?

Die Ausweitung der Investitionen ist eine vorübergehende und volkswirtschaftlich leistbare Kraftanstrengung.

Die durchschnittliche Investitionstätigkeit liegt in Deutschland bei rund 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Gesamtinvestitionen in klimapolitisch relevante Investitionsgüter wie z.B. Stromnetze, Industrieanlagen und Gebäudesanierung machen dabei etwa 8 Prozent aus.

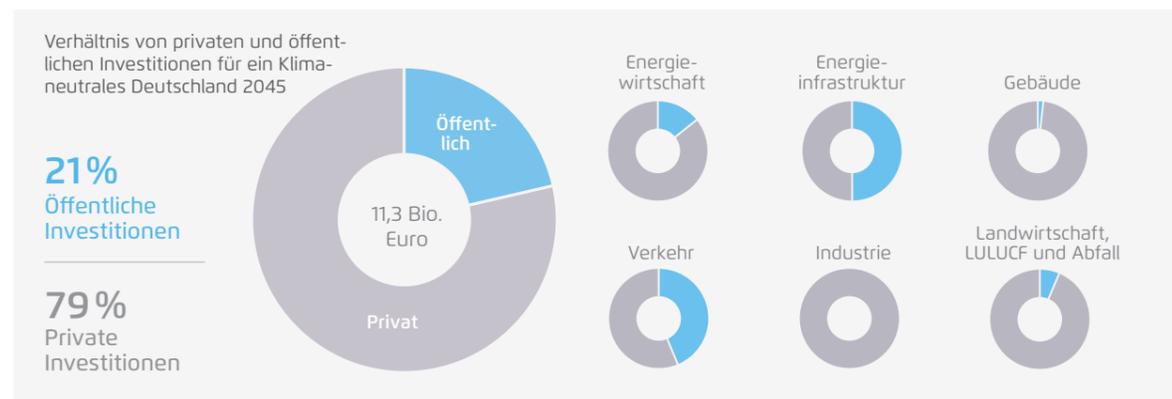
Um Deutschland wettbewerbsfähig und klimaneutral aufzustellen, braucht es bis 2045 eine Ausweitung dieser Investitionen auf durchschnittlich 11 Prozent. Den Höhepunkt erreicht der Investitionsbedarf 2030 und sinkt bis 2040 auf das Ausgangsniveau zurück.

→ Weiterführender Link:
[Agora Energiewende \(2024\) – Investitionen für ein Klimaneutrales Deutschland](#)



Private tätigen 80 Prozent der Investitionen.

Rund 80 Prozent der Investitionen im Agora-Szenario *Klimaneutrales Deutschland* – von der Zielsetzung zur Umsetzung werden von privaten Akteuren getätigt – etwa Industrieunternehmen und Privathaushalten. Die restlichen 20 Prozent entfallen auf die öffentliche Hand, zum Beispiel Investitionen in die Modernisierung öffentlicher Gebäude und von kommunalen Energieversorgern. Kommunen spielen hier eine zentrale Rolle, beispielsweise für Wärmenetze und Verkehrsinfrastruktur, verfügen jedoch häufig nicht über ausreichende Finanzmittel.



Der öffentliche Mittelbedarf beläuft sich bis 2030 auf etwa 2 Prozent des BIP pro Jahr.

87 Prozent der öffentlichen Investitionen können über staatliche Beteiligungen an Infrastrukturunternehmen wie zum Beispiel der Deutschen Bahn als finanzielle Transaktionen kreditfinanziert werden, ohne dass diese auf die Schuldenbremse angerechnet werden (39 Mrd. Euro pro Jahr). Dies ist nur möglich, wenn eine Investition sich durch zukünftige Einnahmen selbst refinanziert. Bei rund 6 Mrd. Euro pro Jahr ist dies nicht der Fall; diese Investitionen werden auf die Schuldenbremse angerechnet. Hinzu kommen öffentliche Ausgaben und Zuschüsse, um private Investitionen anzureizen und Bürger:innen und Unternehmen beim Übergang zur Klimaneutralität gezielt zu unterstützen (87 Mrd. pro Jahr). Derzeit fehlen dafür Mittel im Bundeshaushalt – durch Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung lassen sich nur etwa 20 Mrd. pro Jahr finanzieren.

Öffentliche Investitionen	Öffentliche Ausgaben und Zuschüsse	
Investitionen der öffentlichen Hand Ziel: Investitionen in Infrastrukturen und Unternehmen in öffentlicher Hand tätigen	Investitions- und Betriebskostenzuschüsse Ziel: Unterstützung von Investitionen, um übergangsweise Wirtschaftlichkeitslücken zu schließen (z. B. ÖPNV-Zuschüsse, Klimaschutzverträge)	Ausgleichszahlungen für Bürgerinnen und Unternehmen Ziel: Übermäßige Kostenbelastungen vermeiden (z. B. Strompreiskompensation, Klimageld)

Was es nun braucht: Reformen für mehr finanziellen Spielraum – auch für Kommunen.

1 Zusätzliche Einnahmen generieren und Mittel effizient einsetzen

- effiziente Mittelverwendung: sozial gestaffelte und zielgerichtete Förderung
- verursachergerechte Anpassungen im Steuerrecht, z.B. Abgabe auf hohe Vermögen
- weitere Einnahmequellen erschließen, z.B. Abgabe auf Ressourcenverbrauch

2 Zukunftspakt Bund, Länder und Kommunen

- Erhöhung der kommunalen Ressourcenausstattung durch den Förderansatz einer Gemeinschaftsaufgabe und Verbreiterung der kommunalen Einnahmehasis
- Klimaschutz und Klimaanpassung als kommunale Pflichtaufgabe

3 Eine auf die neuen Realitäten angepasste Schuldenregel

- Ermöglichung von Investitionen, produktiven Ausgaben und unterstützenden Ausgaben im Übergang zur Klimaneutralität im oben genannten Umfang von 2 Prozent des BIP pro Jahr
- Festlegung wesentlicher Aspekte im Grundgesetz; Nachjustierung einfachgesetzlich ermöglichen unter Einbezug eines wissenschaftlichen Gremiums
- Kurzfristlösung nötig, um Ausgaben während der Reformphase abzusichern und volkswirtschaftliche Kosten durch Verzögerung zu vermeiden